Der Planungs-, Verkehrs- und Umweltschutzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Gemeinde Swisttal nimmt davon Kenntnis, dass während der erneuten öffentlichen Auslegung nach § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch in der Zeit vom 10.06.2013 bis einschließlich 24.06.2013 Anregungen von der Öffentlichkeit sowie den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragen wurden. Die vorgetragenen Anregungen sind als Anlage zur Kenntnisnahme beigefügt.

Der Rat der Gemeinde Swisttal beschließt über die Anregungen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wie folgt:

A) Öffentlichkeit

A1: Niederschrift vom 20.06.2013 i.V.m. den Schreiben vom 23. und 24.04.2013.

Die Anregungen werden zurückgewiesen. Zur Begründung wird folgendes ausgeführt:

Es ist richtig, dass mit der 2. Änderung in der Fläche „M“ das südliche Baufenster nach Süden verschoben wurde. Es reicht bis zur südlichen Begrenzung der bisherigen Garagenfläche. Im Zuge der 2. Änderung wurde jedoch die Zweigeschossigkeit mit einer Traufhöhe von 7,50 m und einer Firsthöhe von 10,30 m aufgehoben.

In der 2. Änderung wurden Trauf - und Firsthöhen neu festgelegt und reduziert auf eine Traufhöhe von 4,20 m und eine Firsthöhe von 7,50 m. Die Baumasse wurde somit in ihrer Höhe erheblich reduziert, die Traufe um 3,30 m und der First um 2,80 m.

Infolge der Baufeldverschiebung wurden weder die Aussichtsmöglichkeiten verschlechtert noch wurden Verschattungen des Nachbargrundstücks verursacht.

Es kommt infolge der Verlagerung der Baugrenzen zu keiner Beeinträchtigung der Nachbarbebauung. Von einer Missachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes kann keine Rede sein, da die bisher überbaubare Fläche nicht überschritten wurde.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Zuge der 2. Bebauungsplanänderung die Haustypen von zweigeschossigen Doppelhäusern auf eingeschossige Einzelhäuser verändert wurden. Damit verringert sich die Baumasse wie auch die Anzahl der Wohneinheiten in diesem Bereich in der Regel von sechs auf vier Wohneinheiten.

Die Anregungen der Öffentlichkeit werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:	14 Ja
	00 Nein
	00 Enthaltungen

B) Behörden, sonstige Träger öffentlicher Belange

B1.: Rhein-Sieg-Kreis, Schreiben vom 14.06.2013

Anregungen wurden nicht vorgetragen

Keine Abstimmung

B2.: Straßen NRW, Schreiben vom 17.06.2013

Entwässerungsanlagen der L 493 werden nicht beeinträchtigt. Die Errichtung eines Lärmschutzwalles ist im Bebauungsplan nicht festgesetzt, sondern nur die Darstellung des lärmbeaufschlagten Bereiches gemäß Lärmgutachten sowie eine Rahmenbegrünung entlang der L 493. Die Hinweise werden insoweit zur Kenntnis genommen und im Falle einer Geländeaufschüttung entsprechend berücksichtigt.

Anregungen wurden nicht vorgetragen.

Keine Abstimmung

B3.: Wehrbereichsverwaltung West, Schreiben vom 19.06.2013

Mit der Stellungnahme vom 27.03.2013 wurde mitgeteilt, dass grundsätzlich keine Bedenken bestehen. Die maßgeblichen Höhen werden durch die Änderung in eine eingeschossige Bauweise verringert und die Ausdehnung der Bebauung bleibt unverändert. Die Stellungnahme vom 19.06.2013 wird zur Kenntnis genommen.

Anregungen wurden nicht vorgetragen.

Keine Abstimmung

B4.: PLEDOC GmbH, für diverse Eigentümer bzw. Betreiber, Schreiben vom 06.06.2013

Anregungen wurden nicht vorgetragen.

Keine Abstimmung

B5.: Polizeipräsidium Bonn – GS 3 / Verkehrsangelegenheiten, Schreiben vom 07.06.2013

Anregungen wurden nicht vorgetragen.

Keine Abstimmung

Satzungsbeschluss

Auf Empfehlung des Planungs-, Verkehrs- und Umweltschutzausschusses vom 11.07.2013 beschließt der Rat die 2. Änderung des Bebauungsplanes Morenhoven Mo 5 „Am Buschhovener Weg“ im Ortsteil Morenhoven gemäß § 10 Baugesetzbuch, nach § 86 Bauordnung NW und § 7 Gemeindeordnung NW mit Hinweis nach § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung NW als Satzung. Der Satzungsbeschluss ist im Amtsblatt der Gemeinde öffentlich bekannt zu machen.